

# "Es gibt keine Ausreden mehr"

Umweltökonomin Claudia Kemfert über die Folgen der Corona-Pandemie für den Klimaschutz, verpasste Gelegenheiten und 800000 neue, grüne Jobs von Felix Petruschke

€uro: Frau Kemfert, seit Ausbruch der Corona-Pandemie geht es der Wirtschaft schlecht, dem Klima und der Umwelt aber besser. Können wir aus der Corona-Krise etwas für die Klimakrise lernen?

Claudia Kemfert: Auf jeden Fall. Zum einen müssen wir die positiven Corona-Lerneffekte verstetigen und zum anderen müssen wir das Wiederhochfahren der Wirtschaft an konkrete Klimaschutzauflagen koppeln.

#### Was meinen Sie damit, die Corona-Lerneffekte zu verstetigen?

In den letzten Wochen haben wir gelernt, dass man für Meetings nicht ins Flugzeug steigen muss. Die meisten Konferenzen funktionieren online genauso gut oder sogar einfacher. Außerdem haben wir erlebt, wie attraktiv Städte ohne Massen von Autos sind: In Berlin, München und andernorts sind unbürokratisch "Pop-up-Radwege" entstanden, und prompt sind viel mehr

Menschen aufs Fahrrad gestiegen. Solche Neuerungen gilt es beizubehalten. Trotzdem waren die CO2-Emmissionen im Juni fast schon wieder auf Vorjahresniveau...

Richtig. Das ist auch wenig überraschend, denn die umweltschädlichen Autos, Fabriken und Kraftwerke sind mittlerweile weitestgehend wieder in Betrieb. Für die regionale Umwelt mag Corona eine kurze Verschnaufpause sein, für das globale Klima nicht.





Die Corona-Seuche ist indirekt das Resultat einer nicht nachhaltigen Wirtschaft "

lich ausgefallen als befürchtet, indem auf neue Abwrackprämien für Diesel und Benziner verzichtet wurde. Auf EU-Ebene wird richtigerweise der Green New Deal vorangebracht. Leider gibt es auch das Gegenteil: Die USA, Australien oder Brasilien investieren weiter massiv in fossile Industrien. Sie lernen auch nicht aus der Corona-Krise. Die aktuelle Krisenpolitik zeigt auch, wie viele Steuerungsmöglichkeiten der Staat tatsächlich besitzt, wenn er denn will.

So ist es. Es gibt für Politiker keine Ausreden mehr, wenn sie die Verantwortung auf andere abwälzen und nicht klimapolitisch aktiv werden.

In Ihrem Buch "Mondays for Future" schreiben Sie, dass effektiver Klimaschutz Klimapolitik braucht. Bedeutet das mehr Verbote und Vorschriften? Wir brauchen konkrete Regeln wie im Straßenverkehr. Dabei bedeuten Verzicht oder Verbote nicht die Einschränkung von Freiheit, im Gegenteil. Die Straßenverkehrsordnung ist schließlich auch keine "An-der-roten-Ampel-stehen-bleiben-Diktatur", sondern ein vernünftiges Regelwerk. Klima- und Umweltschutz schaffen Freiheit. Nicht Ökodiktaturen lösen die Klimakrise. sondern moderne "Ökokratien", also starke Gesellschaften mit klaren, fairen und nachhaltigen Regeln.

Dennoch fehlt aktuell der Druck der Straße. Fridays for Future wurde durch Corona ziemlich ausgebremst. Im Netz sind sie aber weiter aktiv. Die Bewegung hat sich genauso wenig aufgelöst wie die Klimaerhitzung, gegen die sie protestiert. Das zeigen auch Umfragen: 80 Prozent der Deutschen halten den Klimawandel – nach wie vor – für ein ungelöstes drängendes Problem. Wer das nicht anerkennt, verwechselt seinen Stammtisch mit moderner, virtuell diskutierter Politik. Umfragen sind das eine, politische Umsetzung das andere. Das zeigt die festgefahrene Diskussion um ein Tempolimit auf Autobahnen. Die Mehrheit der Deutschen ist seit Jahren dafür, aber trotzdem tut sich nichts.

Ja, leider. Die Industrie betreibt erfolgreich Lobbyarbeit: Das Mantra "freie Fahrt für freie Bürger" verfängt immer noch sehr stark. Das Volk ist hier sehr viel schlauer als die Regierung.

Trotzdem sind viele Deutsche aus Angst vor einer Corona-Infektion zuletzt wieder aufs Auto umgestiegen.
Weil es bei vielen vor der Tür steht und der öffentliche Nahverkehr für eine Pandemie-Situation nicht ausreichend ausgestattet ist. Langfristig sollte der Weg daher von einer autogerechten Stadt hin zu einer menschengerechten

## Wie stellen Sie sich eine menschengerechte Stadt vor?

Stadt führen.

Menschen, egal ob auf dem Rad oder zu Fuß unterwegs, müssen mehr Platz bekommen – auch aus Gründen der Sicherheit. Und dann muss natürlich der öffentliche Nahverkehr eine echte Alternative zum Auto bieten. Viele sitzen im Auto, weil sie es müssen, dabei macht es durch Stau und Lärm schon längst keinen Spaß mehr: Jedes Auto steht rund 23 Stunden pro Tag ungenutzt herum. Was könnte man Schönes mit den Parkplätzen anstellen! Kritiker von mehr Umweltschutz argumentieren gern mit steigenden Kosten für Verbraucher: Stichwort EEG-Umlage.

Die ist falsch konstruiert: Wenn mehr günstiger Strom aus erneuerbaren Energien ins System eingespeist wird, sinkt der Strompreis an der Börse – die Differenz zahlen die Verbraucher. Das ist natürlich widersinnig, aber

Ist die Corona-Seuche Ausdruck für eine gescheiterte Klimapolitik?

Zumindest ist sie indirekt Resultat einer nicht nachhaltigen Wirtschaft. Eine effektive Klimaschutzpolitik umfasst auch eine umweltschonende Landwirtschaft und lokalen Umweltschutz. So wird gleichzeitig die Widerstandskraft der Wirtschaft sowie der gesamten Gesellschaft gestärkt.

Fatih Birol, der Direktor der Internationalen Energieagentur, bezeichnet den Wiederaufbau nach Corona als "Chance, die es nur einmal im Leben gibt". Lassen wir diese Chance gerade verstreichen?

Jein. Es gibt zumindest Anzeichen dafür, dass wir sie nicht völlig ungenutzt lassen. Das deutsche Konjunkturpaket beispielsweise ist weniger klimaschäd-





Es tut sich was: Trotz Corona fordern weiterhin viele Menschen mehr Umwelt- und Klimaschutz. In Frankreich ging bei den Kommunalwahlen eine "grüne Welle"durchs Land

politisch so gewollt, um die Erneuerbaren als Strompreistreiber zu stigmatisieren.

#### Trotzdem bleibt Verbrauchern unterm Strich weniger im Geldbeutel, was wiederum die sozial Schwächsten am härtesten trifft.

Die Ungerechtigkeit ist sogar noch viel größer, Schließlich zahlen für Umweltund Klimaschäden nicht die Verursacher, sondern die Steuerzahler. Deswegen brauchen wir endlich wahre Kostentransparenz: Reiche haben einen viel höheren CO2-Fußabdruck als Arme. Es wäre mehr als fair, wenn man etwa mit einer CO2-Steuer vor allem einkommensstarke Haushalte zur Kasse bittet und gleichzeitig eine Klimaprä-

mie an alle zahlt. So ließen sich Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit vereinbaren. Die Ideen liegen längst auf dem Tisch, es hapert nur an der Umsetzung. Das gilt auch für andere Bereiche: **Deutschland subventioniert beispiels**weise immer noch mit viel Geld klimaschädliche Produkte.

Die umweltschädlichen Subventionen fangen bei der fehlenden Kerosinsteuer und Dieselsteuererleichterung an und hören bei der Pendlerpauschale auf. Allein solche Subventionen zu streichen, also faire Marktchancen für alle zu schaffen, würde neuen Technologien wie der Elektromobilität helfen, endlich den Massenmarkt zu erreichen. Wir würden Geld sparen und Klima-



Klimaschutz wird nicht mehr von oben verordnet. sondern immer mehr von unten gefordert."

schutz fördern. Stattdessen verplempern wir Milliarden für veraltete Technologien, die das Klima zerstören. Wie beurteilen Sie die Rettung der Lufthansa für neun Milliarden Euro? Ich hätte mir gewünscht, dass die Zahlungen an konkrete Umweltauflagen geknüpft werden. Dadurch hätte man die Lufthansa zum Vorzeigeprojekt einer saubereren Luftfahrtbranche machen können. In Frankreich beispielsweise darf Air France-KLM keine Ziele mehr anfliegen, die mit dem Zug innerhalb von 2,5 Stunden zu erreichen sind. Auch die Finanzmärkte wollen grüner werden: Trotzdem fließen weltweit weiterhin Billionen Euro in die Förde-

Aus diesem Grund brauchen wir eine klare Taxonomie - also einheitliche Kriterien, was genau grüne Investments sind. Die Verbraucher müssen sich darauf verlassen können, dass in einem "grünen Fonds" auch wirklich nur nachhaltig wirtschaftende Unternehmen gemäß strengen sozial-ökologischen Kriterien drin sind. Zum Glück ist das bereits in Arbeit.

rung fossiler Industrien.

#### Stichwort Green Deal der EU: Was erhoffen Sie sich von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft?

Zwei Dinge sind wichtig: Die Ziele zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen auf 60 Prozent bis 2030 erhöht werden. Mit den aktuellen 40 Prozent gegenüber 1990 können wir die Ziele aus dem Pariser Klimaabkommen nicht erreichen. Das aber wäre fatal.

#### **Und zweitens?**

Wir müssen eine Vollversorgung aus erneuerbaren Energien in allen Bereichen anstreben. Der Green Deal muss gezielt Anreize für Unternehmen schaffen, diese Transformation endlich anzugehen.

#### Wie könnten solche Anreize für Unternehmen aussehen?

Der Staat könnte bei der Anschubfinanzierung, also beim Wechsel auf klimafreundlichere Technologien, durch Investitionsallianzen helfen. Für viele Unternehmen wie beispielsweise die Schwerindustrie ist das mit erheblichen Kosten verbunden. Langfristig machen sich diese Investitionen aber bezahlt; sie schützen Arbeitsplätze und machen Deutschland als Standort krisenfester. In Frankreich hat jüngst eine Bürgerversammlung der Regierung Ideen zum Kampf gegen die Erderwärmung auf den Tisch gelegt. Über die Vorschläge, etwa SUVs aus Städten zu verbannen oder beheizte Terrassen zu verbieten, soll in einem Referendum abgestimmt werden. Kann Deutschland daraus etwas lernen?

Solche Bürgerräte sollten auch bei uns viel stärker zum Einsatz kommen. Klimaschutz wird eben nicht nur "von oben" verordnet, sondern wird immer mehr "von unten" gefordert.

#### Wie könnte das konkret aussehen?

Zum Beispiel müssen wir die sogenannten Bürgerenergien, wie Heimspeicher und Solaranlagen, stärken. Das geht auch auf kommunaler Ebene durch Genossenschaftsprojekte. Studien zeigen, dass die Zustimmung für mehr Klimaschutz steigt, wenn die Menschen sich vor Ort an Lösungen beteiligen können. Soll heißen, lieber die Energie vor

### Ort produzieren als in riesigen Offshore-Windparks?

Wir brauchen beides. Parallel zum Ausbau lokaler Energiegewinnung brauchen wir auch Großprojekte, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Mit den Großprojekten könnten wir auch die Überkapazitäten schaffen, die wir zur Gewinnung von grünem Wasserstoff benötigen.

Das ist jetzt aber ziemlich viel Zukunftsmusik, oder?

Überhaupt nicht. Von einer Wasserstoffgesellschaft träumen wir seit 40 Jahren, damals allerdings noch mithilfe von Atomenergie. Heute haben wir zunehmend überschüssigen Strom aus erneuerbaren Energien; daraus können wir - wichtig: grünen! - Wasserstoff produzieren, den wir dann als Treibstoff für die Schwerindustrie und als Speicher nutzen.

#### Auch die Arbeitswelt steht vor einem massiven Wandel: Wie sieht der idealtypische grüne Arbeitsplatz der Zukunft aus?

Die Arbeit der Zukunft wird anders als heute dezentral und flexibler sein. Klima- und Umweltschutz sind die Treiber für eine nachhaltige Wirtschaft und zukunftsfähige Jobs, sei es im Bereich der Umweltschutzgüterproduktion, der erneuerbaren Energien, der Mobilitätsdienstleistungen oder der Herstellung von klimafreundlichem Stahl.

#### Von wie vielen neuen Jobs reden wir? Erneuerbare Energien sind deutlich beschäftigungsintensiver als herkömmliche Branchen. Das DIW rechnet mit rund 800 000 neuen Jobs in den nächsten zehn Jahren - vorausgesetzt die Regierung investiert jetzt mutig in Zukunftstechnologien. Bis jetzt ist eine konsequente Neuausrichtung der Wirtschaft auf Nachhaltigkeit und Digitalisierung leider ausgeblieben. Dabei ist effektiver Klimaschutz eine riesige €

wirtschaftliche Chance.





Hin zu einer "menschengerechten Stadt"? Die Corona-bedingten Einschränkungen haben vielerorts neue Wege für Fahrräder und Plätze für Restaurants entstehen lassen